

Und keiner findet sich, der den Mut hat, „gegen den Wind zu pissen“ (P. Sloterdijk)!?

Es gibt nichts, was so aktuell wäre, wie eine linke Wirtschafts- und Finanzpolitik! So bestätigt der Trierer Prof. W. Filc im TV vom 12.07.11, was Linke schon seit Jahren fordern (Vgl. unten meinen Kommentar „Nicht nur die Banken spielen weiter ...“ vom 07.07.11):

Neben einer Abschaffung der privaten Rating-Agenturen durch ‚Verstaatlichung‘, fordert W. Filc eine abgestimmte EU-Lohn- und Finanzpolitik. Beide Forderungen der Linken wurden bisher von der konservativen Koalition und anderer in Berlin angelehnt. Man wird wohl behaupten dürfen, dass die derzeitige Schulden- und Bankenkrise in der EU hätte verhindert werden können, wäre Prof. Filc seinerzeit nicht zusammen mit Oscar Lafontaine aus dem Finanzministerium zurückgetreten. Sehr aufschlussreich ist sein Buch „Mitgegangen – Mitgehangen“ aus dem Jahre 1999, in dem er über die politischen Hintergrundumstände informiert. Unter anderem berichtet er auch über unsägliche US-Diplomaten, die ganze Finanztagungen boykottiert hätten, um sich erst gar nicht die europäischen Vorschläge zu Regulierungsmaßnahmen der Finanzmärkte anhören zu müssen. Immerhin: Auch die USA stehen derzeit vor einer Staats-Pleite, die beim besten Willen von keiner EU aufgefangen werden könnte.

Wenn Prof. Filc jedoch meint, dass die EU-Währungsunion das ‚Spielchen‘ um immer neue Rettungspakete so nicht weiter spielen können, dann ist der Wunsch Vater des Gedankens. Denn es liegt geradezu in der Logik einer neoliberalen Finanz- und Wirtschaftspolitik, dass jedermann (!) und alle Staaten (!) sich verschulden, weil dadurch Gewinne für die privaten Banken erzielt werden können. Die EU-Lissabon-Verträge dulden eine solche neoliberale Politik nicht nur, sondern sie legitimieren sie auch wirtschafts- und finanzpolitisch. Das ist somit auch der Grund, weshalb linke Politik diese Verträge immer schon abgelehnt hat und heutzutage darin de facto bestätigt wird. Insofern geht linke Politik noch einen Schritt weiter: Es muss wiederholt und sehr nüchtern die ‚Systemfrage‘ gestellt werden (vgl. Programm der Linken). Ein erster Schritt dazu wäre die Verstaatlichung oder zumindest Teilverstaatlichung von Banken, um dadurch einen demokratischen Einfluss auf zukünftige Neu-Regulierungen der Finanzmärkte nehmen zu können, verbunden mit dem Ziel, dass die Profiteressen der privaten Banken mehr nicht die vornehmliche Richtung der EU-Politik diktieren können. – Leider fehlen bisweilen die Politiker, die das auch durchsetzen sowie – wahrscheinlich – auch die entsprechenden Mehrheiten. - „Das kann nicht so weitergehen“, meint Prof. Filc (in Bezug auf die Finanz-, ‚Spielchen‘).

Es ist schon recht interessant, zu sehen, wie sich eine Gesellschaft in einem falschen Bewußtsein zu erhalten versucht, das zynisch, pervers und menschlich einfach nur trist immer weiter nach vorne marschiert, wohlwissend, dass es abgewirtschaftet hat und nur noch unter dem Zwang der Selbsterhaltung weiter wirkt und würgt.

Johannes Verbeek

Trier, den 12.07.11